



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Länderbüro Russland

Politischer Jahresbericht 2004/2005



Veranstaltung zum Prozess gegen Michail Chodorkowskij im Dezember 2004 in Berlin

1. Zusammenfassung

Präsident Wladimir Putin trat Anfang 2000 an, die sogenannte „Machtvertikale“ zu stärken, um einerseits den zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen im Land entgegen zu steuern und andererseits einer „Diktatur des Gesetzes“ zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so, in kontrollierter Weise und als starker Zentralstaat könne sich ein so großes und in

demokratischen Regeln so unerfahrenes Land wie Russland in Richtung einer demokratischen Gesellschaft entwickeln. Das in der Folge entstandene politische System der „gelenkten Demokratie“ ist spätestens seit den Dumawahlen im Dezember 2003 innerhalb einer liberalen Verfassung Wirklichkeit geworden. Während der bisherigen Präsidentschaft Putin hat sich die Rolle des Staates (genauer: der Präsidentenadministration) erheblich verstärkt. Demokratische Parteien sind weitgehend von der politische Szene verschwunden.

Putin hat faktisch ein Einparteiensystem mit kontrollierter Opposition etabliert. Politische Entscheidungen werden zunehmend zentralisiert getroffen, öffentliche Kontrolle nach Möglichkeit minimiert. Sichtbarster Ausdruck in jüngster Zeit ist die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure und Republikpräsidenten Ende 2004. Auch der russische Rechtsraum vereinheitlicht worden, Gesetze gelten im Prinzip, im Gegensatz zu den 90er Jahren, wieder in ganz Russland. Gleichzeitig erreicht die Korruption aber in fast allen Lebensbereichen neue Höhen. Die Qualität der Verwaltung hat weiter abgenommen. Die im Frühjahr 2004 begonnene Verwaltungsreform hat nicht zu effektiverer Verwaltung geführt, sondern den Regierungsapparat zu großen Teilen gelähmt. Die schlechte und unprofessionelle Umsetzung der unter Wirtschaftsexperten weitgehend unumstrittenen Sozialreformen Anfang 2005 ist nur ein Beispiel der staatlichen Führungskrise, über die auch einzelne hochgestellte Kremlbeamte und Präsidentenberater öffentlich sprechen.

Unterdessen werfen die nächsten Parlaments- und Präsidentenwahlen im Dezember 2007 und März 2008 bereits ihre Schatten voraus. Das Parteiengesetz ist in den vergangenen Jahren und auch 2005 noch einmal erheblich verschärft worden. Dadurch wird die Gründung neuer Parteien ohne Sanktion aus dem Kreml praktisch unmöglich. Bei den nächsten Wahlen zur Staatsduma gilt zudem eine Sieben-Prozent-Hürde. Präsident Wladimir Putin hat mehrfach erklärt, er werde die Verfassung nicht ändern, obwohl sie ihm die Möglichkeit einer dritten Kandidatur verwehrt. Das in den vergangenen fünf Jahren geschaffene politische System ist aber derart auf seine Person und die öffentliche Zustimmung für ihn zugeschnitten, dass sich kaum jemand vorstellen kann, wie ein Übergang zu einem neuen Präsidenten nach den Wahlen 2008 ohne größere politische und soziale Erschütterungen möglich sein wird. Die Diskussion darum, wie es nach 2008 ohne oder mit Putin weiter gehen könne, hat schon begonnen, die russische Politik weitgehend zu bestimmen und teilweise zu lähmen.

Die „Stärkung der Machtvertikale“ hat dazu geführt, dass das Moskauer Zentrum nach jeder Krise weitere Machtkompetenzen (und damit natürlich auch Verantwortung) an sich gezogen hat. Zuletzt war das nach dem Geiseldrama von Beslan zu beobachten. Paradoxerweise führt diese zunehmende Machtkonzentration aber gleichzeitig zu einem Verlust der Durchsetzungsfähigkeit der in Moskau erdachten und konzipierten Politik. Zudem fehlt der im Vergleich zum Land kleinen „Modernisierungsavantgarde“ (Selbstbild) im Kreml mehr und mehr die Rückkoppelung an die Ereignisse und Stimmungen im Land. Das führt zu von außen oft unverständlichen Fehleinschätzungen wie bei der Umsetzung der Sozialreformen Anfang 2005. Wohl weil die Annahme realistischer Kritik eine zumindest teilweise Revision der politischen Ziele (Modernisierung Russlands, insbesondere der Wirtschaft unter gleichzeitiger Wiedererlangung des Großmachtstatus und Hebung des Wohlstands für breite Bevölkerungsschichten) notwendig machen würde, reagiert der Kreml zunehmend mit dem Aufbau paralleler Scheinstrukturen (z.B. der „Gesellschaftskammer“) zur Imitation gesellschaftlicher Rückkoppelung.

Ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Grund dürfte die im vergangenen Jahr an Dynamik gewonnene Rückaneignung wirtschaftlicher Ressourcen vor allem im Rohstoffsektor durch staatlich kontrollierte oder Staatsunternehmen sein, die zudem zunehmend von Beamten der Präsidentenadministration direkt kontrolliert werden. Die Verfügung über die Hauptkapitalströme des Landes sind im gegenwärtigen politischen System neben der Kontrolle über die föderalen Fernsehkanäle die Hauptressource zur Kontrolle und Steuerung politischer Prozesse. Ein Politikwechsel hätte also nicht nur direkte Auswirkungen auf die politische Macht der einzelnen Akteure, die nicht institutionell abgesichert ist, sondern auch, vielleicht sogar vor allem, auf ihre privaten Einnahmen, beziehungsweise auf die Verfügung über finanzielle Ressourcen, die wiederum Hauptquelle politischer Einflussnahme ist. Ein fast geschlossener Kreis ohne Ausweg – zumindest aus Sicht der Akteure.

Innenpolitisch reagiert die Putinsche Regierung auf Krisen zunehmend mit Mobilisierungsversuchen, die mal gegen einzelne Länder, gegen „den Westen“ insgesamt, gegen Teile der russischen Bevölkerung oder eher amorphe Bedrohungen wie den „internationalen Terrorismus“ gerichtet sind. Das hat bereits zu einer merklichen Verstärkung nationalistischer und xenophober Tendenzen im Land geführt. Laut einer vom Moskauer Büro für Menschenrechte erstellten Studie, gibt es in Russland inzwischen rund 60.000 Neonazis mit wachsender Tendenz. Das ist für ein erklärtermaßen multiethnisches

Land, dass nach Meinung der Regierung einen bewaffneten Kampf gegen die Sezession eines vorwiegend ethnisch definierten Landesteils führt, höchst bedrohlich. Es gelingt Putin bisher nicht, beide Ziele, eine tragfähige nationale Identität für sein Land zu entwickeln und gleichzeitig die Reste des russisch-sowjetischen Imperiums irgendwie zusammen zu halten, in einer politischen Strategie zu verbinden. Eines der beiden Ziele, Wohlstand oder Großmachtanspruch, dem anderen unterzuordnen, kommt für ihn offensichtlich nicht in Frage. So bedrohen sie sich weiter gegenseitig. Die Gewalt in Tschetschenien und vermehrt im gesamten Nordkaukasus sind auch ein Ausdruck dieser Bedrohung.

Die Unfähigkeit der Regierung Putin, sich entscheiden zu können, bedroht auch die russische Wirtschaft. Zwar wuchs die Wirtschaft seit 2000 alljährlich beachtlich um jeweils 5 bis 7 Prozent. Doch blieben fast ausschließlich der Export von Öl, Gas und anderen Rohstoffen Motor dieser Entwicklung. Das Industriewachstum stagniert dagegen bis auf wenige Ausnahmen, zu denen im Übrigen die Rüstungsindustrie gehört. Der Fall Chodorkowskij/JUKOS belastet die Beziehung zu den EU-Staaten, besonders aber zu den USA und darüber hinaus das allgemeine Investitionsklima. Zur Abfederung politischen Unmuts wurden die konsumptiven Staatsausgaben stetig erhöht. Trotz eines Budgetüberschusses warnt der IWF 2005 erstmals seit der Währungskrise von 1998 wieder vor erheblichen Risiken für den Staatshaushalt ab 2007/2008.

Die russische Außenpolitik hat sich zwar im Gefolge der Entscheidung von Präsident Putin, nach dem 11.9.2001 der Anti-Terror-Koalition beizutreten, gegenüber den 90er Jahren rationalisiert. Inzwischen, beflügelt von wirtschaftlichen Aufstieg, überwiegt aber deutlich die Tendenz, zwar mit dem Westen zusammenzuarbeiten, aber in Wertefragen eine deutlich reservierte Position einzunehmen. Die russische Außenpolitik wird (wieder) fast ausschließlich von geopolitischen Kategorien bestimmt, mit dem kleinen modernen Zusatz der Förderung russischer wirtschaftlichen Interessen. Seit 2003 gab es eine Reihe empfindlicher außenpolitischer Niederlagen (Georgien, Moldawien, Ukraine) für die Regierung Putin. Der Ton russischer Politiker gegenüber dem Ausland und hier insbesondere gegenüber dem Westen und den „westelnden“ Nachbarstaaten ist deutlich aggressiver geworden. Immer häufiger greifen führende russische Politiker bis zum Präsidenten auf populistische Losungen zurück, die die außenpolitischen Probleme mit dem Wirken vermeintlicher „Feinde Russlands“ erklären. In der Bevölkerung ist diese Sichtweise durchaus populär. Auch die Versuchung, diese Stimmungen gegebenenfalls

innenpolitisch zu nutzen dürfte für den Kreml bei zunehmenden innenpolitischen Problemen (Sozialreformen, Tschetschenien) sehr groß sein. Starke und stärker werdende politische Kräfte wie die linksnationalistische „Rodina“-Partei, eine Kremlerfindung der vergangenen Dumawahlen, und die Schirinowskij-Partei LDPR tun das seit langem. Kritiker von Präsident Putins Kurs werden hinter vorgehaltener Hand davor gewarnt, Putin sei unter den populären Politikern Russlands noch der bei weitem Demokratischste und am meisten westlich Eingestellte.

2. Zentrale Entwicklungen im vergangenen Jahr

a. Tschetschenien und Terror

„In Tschetschenien nichts Neues“, könnte man zynisch die vergangen zwölf Monate zusammenfassen. Der Kadyrow-Clan, nun mit Ramsan Kadyrow an der Spitze, beherrscht, unterstützt von den russischen Truppen, weiter mit Terror und Angst die Republik. Kaum ein Tag vergeht ohne Schießereien, explodierende Bomben oder euphemistisch „Säuberungen“ genannter Aktionen regulärer und irregulärer Truppen, bei denen Menschen sterben, festgenommen werden und oft danach einfach verschwinden. Redlich und akribisch verzeichnen die MitarbeiterInnen des Menschenrechtszentrums von Memorial und anderer Menschenrechtsgruppen die ihnen bekannt gewordenen Gewaltakte russischer Truppen, tschetschenischer Einheiten unter kadyrowscher Kontrolle und der tschetschenischen Rebellengruppen in ihrer „Chronik der Gewalt“¹. Manchmal gelingt es, Verschwundene zu finden, die Staatsanwaltschaft, Gerichte oder die örtlichen Vertreter des Kremls mit all zu negativer Presse zum Handeln zu drängen. Doch die meisten Verbrechen, egal von wem begangen, bleiben ungesühnt.²

Auch wenn Präsident Putin der Welt immer wieder einzureden versucht, der Krieg sei zu Ende: Er geht schmutzig weiter. Die Sprachregelung des Kremls, dass nur noch einige Banden von Terroristen ihr Unwesen treiben, ist eine bewusste Irreführung. Es stimmt wohl, dass die reguläre russische Armee nicht mehr großflächig angreift. Aber es stimmt auch, dass rund 1500 Untergrundkämpfer einer vielfachen Übermacht aus russischen

¹ <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/caucas1/index.htm>

² siehe auch: Jens Siegert, Tschetschenien, der Kampf gegen Terror und für Menschenrechte, in: Erich Fritz (Hg.), Russland unter Putin: Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?, Oberhausen 2005 (Athena Verlag)

Spezialeinheiten und deren tschetschenischen Bundesgenossen um Kadyrow, nicht erlauben, Tschetschenien zu befrieden. Der zwischen Selbstlüge und politischem Zynismus schwankenden Beschwörung Putins glaubt nicht einmal die eigene Bevölkerung. Nach Untersuchungen des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts „Lewada-Zentrum“ vom Juli 2005 sind 68 Prozent der RussInnen überzeugt, dass in Tschetschenien „weiter Krieg herrscht“, nur rund ein Drittel ist für die Fortsetzungen der Militäroperationen und nur 22 Prozent finden, dass sich Russland einer Sezession Tschetscheniens „mit allen Mitteln“ entgegenstellen sollte. Das kremlnahe Institut „FOM“ hat herausgefunden, dass über die Hälfte der Menschen in Russland nicht glauben, dass es gelingt, „die Situation in Tschetschenien in der näheren Zukunft zu normalisieren“. Nur 28 Prozent der Befragten glauben das. Diese Zahlen haben sich seit 1999, als der zweite Tschetschenienkrieg begann, nicht geändert.³

In Tschetschenien und über Tschetschenien gibt es also leider nichts wirklich Neues zu berichten. Über den Nordkaukasus außerhalb Tschetscheniens und über Russland insgesamt aber schon. Die sehr wohl erfolgreiche Strategie des Kremls, den Krieg in Tschetschenien zu „tschetschenisieren“ und einen kleineren Teil der Tschetschenen den größeren terrorisieren zu lassen, hat den Krieg aus Tschetschenien hinaus getrieben. Dort macht er sich gleich vierfach bemerkbar: durch Terroranschläge im Nordkaukasus und in Moskau; durch zunehmende Gewalt in den Nachbarrepubliken, die in Dagestan schon mindestens tschetschenisches Niveau erreicht hat; durch die Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Mitbestimmungsrechten im Land insgesamt unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung; durch den zunehmenden russischer Nationalismus und wachsende Fremdenfeindlichkeit. Man kann es durchaus eine schleichende „Tschetschenisierung“ nennen, wenn in Tschetschenien „getestete“ Polizeimethoden auf das ganze Land übertragen werden.

³ Izvestia, 2.8.05, „Der Krieg wird noch 20 Jahre dauern“, <http://main.izvestia.ru/community/02-08-05/article2439304>



Geiseldrama in Beslan

Besonders besorgniserregend ist die Situation in Dagestan, zwischen Tschetschenien und dem Kaspischen Meer gelegen. In der selbst multiethnischen Republik mit neun Amtssprachen neben dem Russischen und einer nicht unbedeutenden tschetschenischen Minderheit sind in der ersten Jahreshälfte 2005 mehr Bombenanschläge verübt worden als in Tschetschenien. Der Sonderbeauftragte von Präsident Putin für den Nordkaukasus, Alexander Schukow, nannte die Lage in Dagestan im Juli 2005 in einem Bericht „höchst explosiv“.

Dagestan ist neben Tschetschenien (in das aber erhebliche Aufbauhilfe aus Moskau fließt) die ärmste russische Region. Einen großen Teil des Sozialprodukt machen Schmuggel und der illegale Fang und Verkauf von Stör und Kaviar aus. Die Gewalt speiste sich lange Zeit vor allem aus internen Machtkämpfen, scheint aber in letzter Zeit zusätzlich von den tschetschenischen Rebellen angeheizt zu werden, wohl mit dem Ziel, neben Tschetschenien einen weiteren Kriegerherd im Nordkaukasus zu schaffen.

Und Tschetschenien wirkt weiter: Immer schwieriger wird die Lage für Tschetschenen, die außerhalb Tschetscheniens leben. Sie werden immer häufiger Opfer behördlicher Diskriminierung und Kriminalisierung oder von fremdenfeindlicher Gewalt. Eine im Frühjahr 2005 bekannt gewordene geheime Dienstanweisung des Innenministeriums sieht außergerichtliche Inhaftierungen und die Einrichtung von sogenannten Filtrationslagern auch außerhalb Tschetscheniens vor. In der Kleinstadt Blagoweschtschensk in der mittlrussischen Republik Baschkortostan misshandelten im Spätherbst 2004 Sondereinheiten der Polizei bei einem Einsatz nach dem Vorbild der sogenannten „Säuberungen“ in Tschetschenien mehrere Hundert Einwohner, zumeist junge Männer. Über hundert von ihnen wurden zeitweise festgenommen.

b. Die politischen „Folgen von Beslan“

Neun Tage nach dem Ende der Geiseltragödie von Beslan kündigte Putin an, dass er vor allem drei Initiativen ergreifen werde: Künftig sollten die Gouverneure und Präsidenten der Regionen nicht mehr direkt vom Volk gewählt werden, sondern auf Vorschlag des russischen Präsidenten von der jeweiligen gesetzgebenden Versammlung. Die Staatsduma solle künftig ausschließlich über Parteienlisten gewählt, die Direktwahlkreise abgeschafft werden. Außerdem werde eine sogenannte „Gesellschaftskammer“ („Obschtschestvennaja Palata“) gebildet, in der „Vertreter der Zivilgesellschaft“ den Präsidenten in Fragen der „Entwicklung der Zivilgesellschaft“ beraten.⁴ Alle drei Initiativen sind heute, weniger als ein Jahr später, Gesetz.

Mit der Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure hat die Russische Föderation trotz ihres Namens aufgehört, ein föderaler Staat zu sein. Trotz der formal notwendigen Bestätigung der Vorschläge des Präsidenten, werden die Gouverneure heute faktisch von Putin ernannt. Ein Scheitern eines Kandidaten bei der Abstimmung im Gebietsparlament ist undenkbar. Es hätte eine Regierungskrise zur Folge. Nachdem Putin Anfang 2005 vor allem bereits amtierende Gouverneure für eine neue Amtszeit vorgeschlagen hat, wurde Anfang August mit dem bisherigen Moskauer Vizebürgermeister Walerij Schanzew in Nischnij Nowgorod erstmals ein Ortsfremder als neuer Gouverneur eingesetzt. Damit hat Putin aber auch die direkte Verantwortung für die Politik der von ihm „Erwählten“ übernommen. Noch ist nicht absehbar, was das zukünftig heißen wird.

Möglicherweise weitreichendere Folgen haben die im Gefolge von Beslan verabschiedeten Änderungen des Dumawahlrechts. Bereits Anfang 2004 war die auch in Russland geltende Fünf-Prozent-Hürde für Parteilisten auf sieben Prozent angehoben worden. Mit der erneuten Änderung wurde nun die Direktwahl der Hälfte der Abgeordneten abgeschafft. Zukünftig wird die gesamte Duma über Parteilisten gewählt werden. Als Begründung gibt der Kreml an, nur so könne auf das Entstehen eines stabilen Mehrparteiensystems hingewirkt. Tatsächlich dürften diese Änderungen zusammen mit einem verschärften Parteiengesetz (siehe unten) zu einer weiteren Disziplinierung der zukünftigen Duma führen, die wohl vollständig ohne unabhängige und oppositionelle demokratische Abgeordnete bleiben dürfte.

Die Tragödie von Beslan hatte im Kreml große Ratlosigkeit hervorgerufen. Putins erste Ansprache am 4. September, dem Tag nach dem blutigen Ende der Geiselnahme, war in der Analyse wenig stringent und bot sehr widersprüchliche Erklärungen und Handlungsoptionen an. Der russische Präsident paraphrasierte mit seiner These, Russland habe Schwäche gezeigt „und die Schwachen schlägt man!“ (unbewusst?) Stalin, bemerkte aber auch: „Die Ereignisse in anderen Ländern zeigen: Auf die effektivste Gegenwehr stoßen die Terroristen gerade dort, wo sie es nicht nur mit der Macht des Staates, sondern gleichzeitig mit einer organisierten, solidarischen Zivilgesellschaft zu tun haben.“⁵ Zehn Tage später nahm er mit der angestrebten Bildung der „Gesellschaftskammer“ eine alte Idee einer korporativen Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen wieder auf.

Im Laufe des Herbstes wurde ein Gesetzentwurf für die Schaffung einer „Gesellschaftskammer beim Präsidenten der Russischen Föderation“ vorgelegt. Die Aufgabenbeschreibung dieses Organs ist widersprüchlich. So soll es auf der einen Seite den Präsidenten in allen die Zivilgesellschaft betreffenden Fragen beraten. Auf der anderen Seite soll die Kammer staatliches Handeln einer zivilen und gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen. Auch die Art der Auswahl der Mitglieder der Kammer stößt bei vielen NGOs auf Kritik. Es ist vorgesehen, dass das erste Drittel der insgesamt 126 Mitglieder vom Präsidenten selbst ernannt wird, die nächsten 42 Mitglieder werden von den Ersternannten kooptiert. Weitere 42 Personen werden in sieben in den sogenannten Föderalbezirken einzuberufenden Konferenzen „gewählt“, ohne dass der Gesetzentwurf Hinweise gibt, wie diese Konferenzen zustande kommen und welche Wahlverfahren zur Anwendung kommen sollen. Damit sind möglichen Manipulationen Tür und Tor geöffnet.

Memorial hat angesichts dieser Widersprüche Mitte Februar 2005 in einer öffentlichen Stellungnahme erklärt, sich keinesfalls an der Gesellschaftskammer zu beteiligen. Staat und Gesellschaft müssten in einem echten Dialog unabhängige Partner bleiben. „Alle Versuche, diesen Dialog in einem Organ zu konzentrieren, werden lediglich zu einer Imitation dieses Dialogs führen. In einer Kammer, die in das System der staatlichen Macht eingebaut ist, wird der Staat nur mit sich selbst reden.“⁶ Einige andere führende russische NGOs wie die Moskauer Helsinki Gruppe schlossen sich dieser Wertung an und werden

⁴ Die entsprechenden Passagen der Rede Wladimir Putins sind im Dossier „Demokratie in Russland“ der Heinrich Böll Stiftung auszugsweise nachzulesen: www.demokratie-in-russland.de

⁵ Text der Fernsehansprache von Wladimir Putin am 4.9.05 unter: www.demokratie-in-russland.de

⁶ Erklärung von Memorial zur Gesellschaftskammer: www.demokratie-in-russland.de

sich nicht an der Gesellschaftskammer beteiligen. Trotzdem bleibt der Druck insbesondere für regionale NGO groß. Für sie kann es geradezu überlebensnotwendig werden, sich an der Gesellschaftskammer oder deren zu erwartenden, teilweise bereits existierenden kleinen, regionalen Schwestern zu beteiligen. Anfang August 2005 gab es zwar bereits 400 Vorschläge für die ersten 42 Plätze in der Gesellschaftskammer, aber Putin ließ trotzdem die im Gesetz vorgeschriebene Monatsfrist zur ihrer Benennung verstreichen.

c. Parteien und kommende Wahlen

Die kommenden Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2007 und zum Präsidenten im Frühjahr 2008 werfen bereits einen langen Schlagschatten. Schon der 2004 begonnene Reformmarathon (Sozialreform, Kommunalreform, Reform des Wohnungswesens) ist in Umfang und Eile der vermeintlichen Einsicht geschuldet, dass diese Reformen wegen der zu erwartenden Schwierigkeiten und der Ablehnung in weiten Teilen der Bevölkerung bis Ende 2005 abgeschlossen sein müssen, damit sie sich aus Kremlsicht nicht allzu negativ auf den Wahlausgang wirken.

Hier spiegeln sich vor allem zwei Probleme wider: Das eines legitimen Präsidenten mit stabiler Zustimmung von zwei Dritteln der WählerInnen mit einer von einer ebenso großen Mehrheit der WählerInnen abgelehnten Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer unpopulären Regierung einerseits und das der fehlenden Rückkopplung einer technokratischen und autoritativen Administration, die sich als Avantgarde zur Modernisierung Russlands im Namen der russischen Großmacht sieht, andererseits. Diese Probleme sind Thema der Kapitel „Schwache, starke gelenkte Demokratie“ und „Russische Zivilgesellschaft“.

Bereits 2004 war das Parteiengesetz verändert worden. Parteien müssen künftig mindestens 50.000 Mitglieder und in mindestens 45 Regionen „aktive“ Untergliederungen mit jeweils mindestens 500 Mitgliedern haben. Die Bildung von Listenverbindungen ist künftig verboten. Diese Hürden sind selbst für ein großes Land wie Russland kaum zu überspringen. Seit der Gesetzesreform ist keine neue Partei mehr vom Justizministerium registriert worden. Mindestens zwei Parteien droht zum Jahresende die Aberkennung des Parteienstatus, weil sie die neuen Bedingungen nicht erfüllen. Um eine neue Partei zu registrieren oder eine bestehende Partei vor dem Verlust des Parteienstatus zu schützen, bedarf es erfahrungsgemäß erheblicher finanzieller und administrativer Ressourcen. Über

beide hat sich der Kreml in den vergangenen Jahren in der direkten politischen Arena ein Kontrollmonopol gesichert. Zwar sind zumindest drei der seit 2000 ins Exil gegangenen Ex-Oligarchen (Beresowskij, Gusinskij, Newslin) durchaus in der Lage und bereit, politische Arbeit in Russland zu finanzieren, die Annahme ihres Geldes führt aber in der Regel direkt in die politische Bedeutungslosigkeit.

Im Folgenden wird kurz auf die unterschiedlichen Parteien und Parteienspektren eingegangen:

Einiges Russland/Kreml: Die zwei-Drittel-Mehrheit der Kremlpartei Einiges Russland hat sich, obwohl alle wichtigen Vorhaben des Kremls durchgestimmt wurden, als nicht leicht zu kontrollieren erwiesen. Aus der Duma heraus gab es zahlreiche Versuche, neben Präsidentenadministration und Regierung ein drittes, eigenständiges Machtzentrum zu etablieren. Die Zustimmung zu den unpopulären Sozialreformen führte dazu, dass auch das Ansehen von Einiges Russland in der Bevölkerung stark gelitten hat. Bei einer ganzen Reihe von Regionalwahlen erlitt die Partei trotz massiver Unterstützung aus Moskau herbe Niederlagen, u.a. gegen die linksnationalistische Rodina-Partei („Heimat“) von Dmitrij Rogosin, ein anderes, etwas außer Kontrolle geratenes Kremlgewächs. Der Versuch einer künstlichen Spaltung von Einiges Russland in einen „rechten“ Wirtschafts- und einen „linken“ Sozialflügel zur Verbreiterung der Wählerbasis im Frühjahr 2005 wurde schnell und erfolglos abgebrochen. Ihre fehlende ideologische Basis bedroht auch die Stabilität dieser neuesten Ausgabe der „Partei der Macht“

Rodina: Die linksnationalistische Partei tritt vor allem als Kritikerin der liberalen Wirtschaftspolitik von Regierung und (weniger) Präsident auf. Bei Regionalwahlen (z.B. in Woronesch) gab es eine Reihe größerer Erfolge mit Stimmanteilen bis 40 Prozent. Rodina schürt und nutzt bewusst fremdenfeindliche und antisemitische Strömungen und Stimmungen. Ein großer Teil der Abgeordneten, die Anfang Januar 2005 in einem Brief an die Generalstaatsanwaltschaft forderten, alle jüdischen Organisationen in Russland zu schließen, gehörten der Rodina-Fraktion an (die anderen kamen aus der LDPR und von den Kommunisten). Im Juni 2005 traten auf Kremlweisung acht Rodina-Abgeordnete aus der Fraktion aus und ließen sich von der Duma-Mehrheit ebenfalls unter dem Namen „Rodina“ als Fraktion registrieren. Der plumpe Formierungsversuch dürfte die Popularität von Rodina noch erhöhen. Trotzdem dürfte Rodina auch weiterhin als mögliche Alternative zum schwächelnden Einiges Russland dienen. Die Kraft Rodinas als „national-

sozialistische Mobilisierungsmaschine“, wie das ein liberaler russischer Politiker ausdrückte, wird im Kreml sowohl geschätzt als auch gefürchtet.

Kommunisten: Die Kommunisten verstehen es weiterhin nicht, sich politisch und personell zu erneuern und verharren in dumpfem Sowjetnationalismus. Auf die Sozialproteste Anfang 2005 reagierten sie langsam und wenig überzeugend. Immerhin führten die Proteste in manchen Regionen zu oppositionellen Bündnissen mit allen, die gegen den Kreml sind. Diese Bündnisse mit den nichtreformierten Kommunisten bringen allerdings dem liberalen und demokratischen Teil des Parteienspektrums erhebliche Schwierigkeiten, weil ein großer Teil seiner AktivistInnen und WählerInnen mit diesem Kommunisten prinzipiell nicht zusammenzuarbeiten bereit ist.

Schirinowskij: Business as usual. Clownerie und Bindung von Protestelektorat, allerdings unter Verlust der bisherigen Funktion als Mehrheitsbeschaffer für den Kreml und damit eines einträglichen „Bisnes“, wie man in Russland so sagt.

Liberales, Demokraten: Weder die wirtschaftsliberale Union der Rechten Kräfte (SPS) noch die eher sozial-liberale Jabloko-Partei (Vorsitzender: Grigorij Jawlinskij) haben sich von der Wahlniederlagen vom Dezember 2003 erholt. Auch der Bürgerkongress im Dezember 2004 unter Beteiligung weiterer Initiativen wie dem „Komitee 2008“ (Garri Kasparow u.a.) und auch einer Reihe wichtiger NGOs und erneute Verhandlungen im Frühjahr 2005 haben nicht zu einer stetigen Zusammenarbeit geführt. Jawlinskij lehnt die Zusammenarbeit unter anderem mit dem Hinweis auf die enge Verflechtung führender SPSler mit der Jelzin- und auch heute noch mit der Putin-Administration (z.B. Anatolij Tschubais) ab. Ein großes Problem bleibt die Finanzierung der Parteiarbeit, nachdem legale Finanzquellen im Land praktisch alle durch den Kreml kontrolliert werden.

Grüne, Soldatenmütter: Im Herbst 2004 haben die Soldatenmütter eine Partei gegründet.⁷ Das ist die erste derartige Initiative aus der zivilgesellschaftlichen Sphäre heraus. Seither sind sie damit beschäftigt, die hohen Hürden der rechtlichen Gründungsformalien zu bewältigen. Ob das allerdings innerhalb der Fristen bis Ende 2005 gelingt, ist fraglich.

Die Gründung der Partei „Grünes Russland“ (Vorsitzender: Alexej Jablokow, Vize: Alexander Nikitin) ist der erste ernsthafte Versuch aus der Ökologiebewegung, eine grüne Partei aufzubauen. Bisher existierende, sich „grün“ nennende Parteien waren

⁷ Das Programm der Soldatenmütterpartei:
www.demokratie-in-russland.de

administrative Initiativen ohne Verbindung zu den zahlreichen ökologischen NGOs im Land. Beim Gründungsparteitag des „Grünen Russland“ war ein großer Teil der wichtigsten russischen Öko-AktivistInnen anwesend. Die meisten von ihnen üben sich allerdings bisher in abwartender Sympathie, ohne in die Partei einzutreten. Hauptschwäche der Initiative ist die Konzentration auf ökologische Themen. Das macht Bündnisse mit andere zivilgesellschaftlichen Initiativen, z.B. Menschenrechtlern oder Fraueninitiativen schwierig.



Gründungsparteitag „Grünes Russland“

Angesichts der Unsicherheit, ob die rechtlichen und administrativen Hürden zur Parteigründung genommen werden können, gibt es seit Frühjahr 2005 Gespräche über eine möglicherweise auch institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Soldatenmütter-Partei und „Grünes Russland“.

Vor allem junge AktivistInnen haben im Januar 2005 eine „Grüne Alternative“ (GROSA) gegründet. Dieser Zusammenschluss sieht sich als ein Vorstadium einer möglicherweise später zu gründenden grünen Partei.

Eine Parteigründung unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen wird als illusorisch abgelehnt. GROSA versteht sich als grüne Diskussionsplattform und möchte eine Beitrag zur Ausbildung eines grün-alternativen Milieus in Russland leisten.

d. Starke, schwache gelenkte Demokratie

Hauptargument der Putin-Administration für die zunehmende Zentralisierung politischer Macht in Russland ist die dadurch angeblich verbesserte Lenkbarkeit politischer und administrativer Prozesse. Oder einfacher ausgedrückt: Nur von einem starken Zentrum aus ließen sich die notwendigen politischen Reformen durchsetzen, das Land zusammenhalten und so die Demokratie, wenn auch eine gelenkte, retten. Die immer wieder behauptete Stärke des Staates und seiner Institutionen nach dem Chaos der Jelzinjahre wiederhergestellt zu haben, ist tatsächlich das wichtigste Verdienst, dass Präsident Putin in Umfragen zugeschrieben wird. Doch scheint diese Stärke, gemessene an den Reaktionen des Kremls auf politische Krisen wie der Geiseltragödie von Beslan, dem Machtwechsel in der Ukraine oder den Protesten gegen die Sozialreformen eher eine Illusion, die einer Mischung aus Selbsttäuschung und der Beherrschung der elektronischen Massenmedien geschuldet ist. Einige Anzeichen für diese These seien hier beispielhaft kurz genannt:

- Tschetschenien: siehe oben
- Armeereform: Steckengeblieben. Die Gewalt innerhalb der Streitkräfte hat weiter zugenommen, ihre Einsatzbereitschaft nicht.
- Administrative Reform: Die Regierungsumbildung im Frühjahr 2004 und die damit einhergehende Verwaltungsreform haben zu einer mehr als halbjährlichen Lähmung von Regierungshandeln geführt. Die Folge waren schlecht ausgearbeitete und nicht funktionierende Gesetze.
- Sozialreformen und Proteste: Die Reform der sogenannten Sozialvergünstigungen (russisch „lgoty“), die bis zu 80 Prozent der Bevölkerung zustanden, führte Anfang 2005 zu den größten öffentlichen Protesten der bisherigen Präsidentschaft Putin. Initiiert wurden die Proteste anfangs von kleinen linksradikalen Gruppen, oft trotz kommunistischer Orientierung, und RentnerInnen. Die hastigen, fast schon erschrockenen Reaktionen von Regierung und Präsidentenadministration zeigten, dass dort kaum jemand auf derartige Proteste vorbereitet war, obwohl es im Vorfeld eine große Zahl auch öffentlicher Warnungen von Experten und NGO-VertreterInnen gegeben hatte. Der Protest wurde mit viel Geld als Ausgleich für die gestrichenen Vergünstigungen zu besänftigen versucht. Damit wurde die Reform zum großen Teil ad absurdum geführt. Auch deswegen droht nun der Staatshaushalt aus den Fugen zu geraten. Trotz

weiterhin sehr guter Ölkonjunktur prognostiziert der IWF Russland ab 2007 ein Haushaltsdefizit, sollten die Sozialausgaben nicht in den Griff bekommen werden. Vorerst wächst der Haushalt aber mit atemberaubendem Tempo, so von ca. 110 Milliarden US-Dollar in 2005 auf rund 160 Milliarden 2006. Ein großer Teil der Zuwächse wird über erhebliche Rentenerhöhungen, Lohnerhöhungen für Staatsbedienstete und Sozialleistungen direkt in die Taschen der Verbraucher gehen. Da weder BIP-Wachstum noch Investitionsquote mit den Steigerung des zur Verfügung stehenden Einkommens mithalten können, erhöht sich die Inflationsgefahr.

- Putin-Nachfolge: Das gegenwärtige politische System in Russland hängt so ausschließlich an der Person Putins, dass die Nachfolgefrage vor allem in der politischen Elite große Verunsicherung hervorruft. Putin selbst hat mehrfach, zuletzt Anfang August 2005 bei einem Staatsbesuch in Finnland, betont, dass die Verfassung eine weitere Kandidatur 2008 verbietet und er nicht gewillt sei, die Verfassung ändern zu lassen. Eine ähnliche Situation gab es 1999 unter Jelzin. Die heutige Lage ist für die meisten Putinleute aber noch weit prekärer, denn ihr wirtschaftlicher Einfluss und materielles Wohlergehen hängen direkt von ihren Posten in Regierung oder Präsidentenadministration ab. Sie kontrollieren vor allem Staatsbetriebe, direkt oder als Aufsichtsräte.
- Ukraine und die Folgen: Die sogenannte orangene Revolution in der Ukraine zum Jahreswechsel 2004/2005 hat in der russischen politischen Elite einen doppelten Schock ausgelöst. Die offensichtliche Unfähigkeit dort mit Hilfe von Druck, Geld und dem, was hierzulande als „kultureller Vorteil“ bezeichnet wird, das gewünschte Ergebnis (die Präsidentschaft Janukowitsch) zu erzielen war nicht erwartet worden. Das hängt auch mit einer Grundschwäche der Kremlpolitik zusammen: Politik wird vorwiegend als steuerbarer Prozess unter dem Einsatz von „politischer Technologie“ aufgefasst. Der Eigensinn politischer Prozesse und politischer Akteure bleibt stark unterschätzt. Das geht im politischen Alltagsgeschäft und dort, wo administrative und polizeilich-militärische Ressourcen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, oft gut, muss aber meist im buchstäblichen Sinn teuer bezahlt werden: durch den Einsatz großer Geldmittel (auch daher die Abschaffung der für den Kreml meist teuren Direktwahl der „richtigen“ Gouverneure) und unerwünschte oder unbedachte Nebeneffekte.

e. Außenpolitik

Die russische Außenpolitik hat im vergangenen Jahr eine Reihe von Niederlagen hinnehmen müssen. Zentrales Ereignis und besonders schmerzhaft war der Machtwechsel in der Ukraine. Bis zur öffentlichen Blamage der vorzeitigen Gratulation durch Präsident Putin hatte der Kreml an „seinem“ Kandidaten Viktor Janukowitsch festgehalten. Mit dem „Verlust“ der Ukraine droht das „Projekt GUS“, der Versuch, zumindest im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Staaten) regionale Vormacht zu sein, zu scheitern. Zwar gelang mit dem Beschluss der Schanghai-Organisation, die USA zum Truppenabzug aus Usbekistan aufzufordern, eine Art „pro-russischer Konterrevolution“ in Zentralasien. Die Kraft für diese Wendung kommt aber eher aus China denn aus Russland selbst.

Die Niederlage in der Ukraine kam für den Kreml völlig unerwartet. Putin ist, was öffentliche Festlegungen angeht, in der Regel ein äußerst vorsichtiger Politiker. Die Festlegung auf und die massive Unterstützung von Janukowitsch weisen darauf hin, dass man sich im Kreml sehr sicher war. Den Gratulationen für Janukowitsch durch Putin dürfte das Kalkül zugrunde gelegen haben, dass einerseits die Demonstrationen und Proteste der Menschen in der Ukraine nicht von Dauer sein würden, wichtiger aber wohl, dass der Juschtschenko unterstützende Westen (so zumindest die Kremlsicht) wie schon in früheren Fällen nicht zu einer einigen und ausreichend harten Haltung fähig sein werde.

Dahinter verbirgt sich unter anderem eine strukturelle Unterschätzung der EU durch die meisten russischen Außenpolitiker. Mit einer harten Reaktion der USA war sicher gerechnet worden. Auch dass neue EU-Mitglieder wie Polen und die baltischen Staaten sich auf Seiten der bisherigen ukrainischen Opposition engagieren würden, war keine Überraschung für den Kreml. Aber dass auch Deutschland und Frankreich die Wahlen nicht anerkennen würden, also die EU mit einer Stimme sprechen würde, hat die Vorstellungen der russischen außenpolitischen Elite gesprengt.

Gestützt wird so auch die Wahrnehmung, es handele sich bei den Entwicklungen in der Ukraine um eine gezielte Aktion „des Westens“. Die wachsende Kritik in westlichen Medien an der Einschränkung demokratischer Freiheiten in Russland verstärkt das Gefühl bei vielen politischen Akteuren, es handele sich um eine „Verschwörung“ gegen Russland. Die russische Staatsführung, aber auch große Teile der russischen Gesellschaft, nehmen ihr Land zunehmend als eine von westlichen Truppen belagerten Wagenburg wahr. Dabei

ist auch wichtig, dass die Ukraine bis heute von den meisten Menschen in Russland nicht wirklich als Ausland wahrgenommen wird.

Im Mai 2005 einigten sich die EU und Russland auf die Einrichtung der lange verhandelten vier Räume Wirtschaft, äußere und innere Sicherheit sowie Bildung. Damit soll die seit 1997 bestehende Partnerschaft in konkrete Projekte umgesetzt werden. Allerdings blieben eine ganze Reihe von Problemen ungelöst. So bestehen weiter ungeklärte Grenzfragen mit Lettland und Estland, nachdem die Unterzeichnung zweier Abkommen kurzfristig von Russland abgesagt wurde, nachdem das estnische und das lettische Parlament die Ratifizierung der Verträge mit Erklärungen verbunden hatten, es habe sich zwischen 1941 und 1991 um eine Besetzung ihrer Länder durch die Sowjetunion gehandelt. Keine Fortschritte gibt es auch, angesichts der europäischen Kritik am Tschetschenienkrieg im Menschenrechtsdialog. Besonders problematisch entwickelt sich das polnisch-russische Verhältnis. Die Differenzen zwischen Polen und Russland zeigen deutlicher als anderswo die vier wesentlichen Differenzen zwischen der EU und Russland: unterschiedliche Interpretation der jüngeren Geschichte, unterschiedliche Interessen bezüglich der Ukraine, Belarus und Moldawien, unterschiedliche energiepolitische Interessen (hier differieren freilich auch die Interessen der EU-Länder untereinander stark) und Kritik an der Demokratieentwicklung in Russland (hierzu gehört auch die Kritik am Tschetschenienkrieg).

f. Zivilgesellschaft

Die russische Zivilgesellschaft entwickelt sich weiter, wenn auch auf im internationalen Vergleich niedrigem Niveau. Ihre Träger, die Nichtregierungsorganisationen oder „NGOs“, sind weitgehend von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland abhängig. Von staatlicher Seite wird ständig versucht, ihre Tätigkeit zu regulieren, zu lenken und, in Einzelfällen, auch gezielt zu stören. Diese Tendenz hält schon seit Amtsantritt von Wladimir Putin an. Die Rolle von NGOs bei den Machtwechseln in Georgien und der Ukraine hat zusätzliche Aufmerksamkeit auf diese eher „weiche“, beim russischen Politikestablishment und seinen Polittechnologien bis dahin gering geachteten Kräfte gelenkt. Das trifft insbesondere auf Jugendorganisationen und die Arbeit mit Jugendlichen zu.

Der Dialog zwischen staatliche Stellen und NGOs, den beide Seiten wohl als unumgänglich, wenn auch unersprißlich empfinden, hakt an vielen Stellen. Das staatliche Misstrauen, viele NGOs seien wenig mehr als fremdgesteuerte Einflussagenten ausländischer Mächte (sprich: der USA oder des „Westens“) trifft sich mit dem Misstrauen der NGO, dem Kreml gehe es um wenig mehr als ihre politische Disziplinierung.

Das staatliche Misstrauen ist in zahlreichen öffentlichen Äußerungen dokumentiert. Präsident Putin hatte bereits im Frühjahr 2004 in seiner alljährlichen Ansprache vor beiden Parlamentskammern NGOs vorgeworfen, es sei ihnen „zur vorrangigen Aufgabe geworden, Finanzierung von einflussreichen ausländischen Stiftungen zu bekommen“. Der einflussreiche stellvertretende Chef der Präsidentenadministration Wladislaw Surkow, im Kreml unter anderem für Parteien, Wahlen und Zivilgesellschaft zuständig, erklärt in einem Interview Ende September 2004 auch an die Adresse führender NGOs gerichtet, Russland befinde sich im Krieg mit dem „internationalen Terrorismus“, der darin von einer „fünften Kolonne“ in Russland, bestehend aus „falschen Liberalen und echten Neonazis“ unterstützt werde. Deren Ziel sei es, „Russland in viele kleine, handlungsunfähige Einheiten zu zerstückeln“.⁸ Im Mai 2005 nannte Geheimdienstchef Nikolaj Patruschew in einer Rede vor der Staatsduma gleich mehrere US-amerikanische, saudi-arabische und britische Organisationen beim Namen, deren Aufgabe und Ziel es sei, in Russland einen Machtwechsel nach dem Vorbild Georgiens und der Ukraine zu initiieren.

Nichtsdestotrotz lief der Dialog zwischen dem Kreml und führenden NGOs weiter, wenn auch auf niedrigen Niveau und mit für die NGOs enttäuschender Ergebnislosigkeit. Im Herbst 2004 wurde die bisherige „Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten“, in der zahlreiche NGO-VertreterInnen saßen, in einen „Rat zur Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“ umgewandelt, dem nach längeren Verhandlungen auch wieder führende



Protest vor der Staatsduma gegen die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit

⁸ Auszüge aus der Rede Putins und das Interview Surkows siehe: www.demokratie-in-russland.de

NGOlerInnen angehören.⁹ Der Rat, ein
offizielles Beratungsorgan des russischen
Präsidenten, steht in direkter Konkurrenz zur
Gesellschaftskammer. Rat und
Gesellschaftskammer sind auch konkurrierende
Projekte unterschiedlicher Gruppen innerhalb
der Präsidentenadministration.

Allerdings hat die Gesellschaftskammer formal einen höheren Status, weil sie durch ein
Gesetz festgeschrieben wird.

Die erste Sitzung des Zivilgesellschaftsrates mit Präsident Putin fand am 20. Juli 2005 im
Kreml statt. Während der Sitzung reagierte Putin scharf auf die Forderung von Alexander
Ausan, Präsident des Instituts Nationales Projekt Gesellschaftsvertrag, die Finanzierung
von NGOs durch ausländische Stiftungen zu erleichtern. Er werde nicht zulassen, so
Putin, dass in Russland politische Tätigkeit aus dem Ausland finanziert werde. Das
Presseecho für die NGOs war verheerend. In der Öffentlichkeit wurden Putins
Äußerungen zumeist als Warnung an russische NGOs interpretiert, aus dem Ausland Geld
anzunehmen. Später interpretierten auch Mitarbeiter der Präsidentenadministration die
Putin-Aussagen weicher. Der Präsident habe direkte politische Tätigkeit, z.B. von Parteien
gemeint, erklärte zum Beispiel die Vorsitzende des Zivilgesellschaftsrates Ella Pamfilowa.
Teilnehmer des Treffens mit Putin hatten zudem den Eindruck, Putins Aussagen seien
keine spontane Replik, sondern ein vorbereitetes Statement gewesen, eine Antwort auf
eine Ankündigung des US-State Departments vom Vortage, fünf Millionen US-Dollar für
die Unterstützung politischer Arbeit in Russland bereit zu stellen.

Angesichts der Finanzierungsstruktur russischer NGOs können die Putin-Äußerungen und
ihr Medienecho allerdings verheerende Auswirkungen haben. Für Arbeit in den Bereichen
Menschenrechte, Ökologie, Flüchtlingshilfe und vielen anderen gibt es fast nur
ausländische Finanzquellen. Die staatliche Finanzierung von NGO-Arbeit funktioniert trotz
entsprechender Programme z.B. im Bildungsministerium und dem
Gesundheitsministerium kaum, sondern ist eher eine weitere Quelle für Korruption. Private
inländische Geber stehen unter starkem Druck aus dem Kreml, nur politisch genehmen
Organisationen und für politisch unverfängliche Projekte zu geben. In der eingeschränkten

⁹ Zur Zusammensetzung des Rates: http://www.kremlin.ru/state_subj/group79244.shtml und
<http://www.sovetpamfilova.ru> (beide nur auf Russisch)

russischen Öffentlichkeit ist zudem eine Auseinandersetzung darüber, was als direkt „politisch“ zu gelten hat und damit tatsächlich gesetzlich verboten ist und was „gesellschaftliche“ Tätigkeit ist und damit erlaubt, kaum möglich. Staatliche Stellen wie die Staatsanwaltschaft oder die Steuerbehörden haben damit praktisch ein Definitionsmonopol.

Ein wenig entspannt hat sich die Situation bei der Annahme von Zuwendungen (russisch: „granty“) von ausländischen Geberorganisationen durch russische NGOs. Ein Anfang August 2004 in erster Lesung von der Staatsduma angenommenes Gesetz sah vor, dass sich zukünftig alle Geberorganisationen, also nicht nur ausländische wie bisher, in einer von der Regierung zu führenden Liste registrieren müssen. Nur für „granty“ von registrierten Organisationen sollen die Empfänger künftig keine Gewinnsteuern von 24 Prozent zahlen. Die steuerbefreiten Zwecke werden in dem Gesetzentwurf, hier einer seit 2001 erhobenen Forderung der NGO folgend, erweitert: Neben der Förderung von Kultur, Kunst, konkreter wissenschaftlicher Forschung, dem Schutz der Umwelt und Bildung sollen künftig auch soziale Hilfe und der Schutz der Menschenrechte förderwürdig sein. Als dritte wesentliche Änderung soll künftig jedes steuerbefreite Projekt von einer Regierungskommission begutachtet und genehmigt werden. Zudem kann diese Genehmigung nur erteilt werden, wenn sich eine regionale oder kommunale Behörde schriftlich verpflichtet, die zweckgemäße Verwendung des „grant“ zu garantieren. Diese beiden Vorschriften sind, so sie Gesetz werden, ein Instrument für unmittelbare politische Kontrolle und eine Einladung zur Korruption, wie das soziologische Forschungsinstitut INDEM im Herbst 2004 in einem Gutachten feststellte.

Als Resultat intensiver Verhandlungen sandte der Leiter der Präsidentenabteilung Dmitrij Medwedjew im Herbst der Duma eine von Präsident Putin unterzeichnete Stellungnahme zu, in der der Duma empfohlen wird, den Absatz mit der Erweiterung der förderwürdigen Ziele auch in zweiter und dritter Lesung anzunehmen, die Absätze über die Liste von Geberorganisationen und die Genehmigungskommission dagegen zu streichen. Nach einer lange Pause, die wohl auch mit den Ereignissen in der Ukraine zu tun hatte, nahm die Duma im Frühjahr 2005 die vom Kreml vorgeschlagenen Änderungen an.

Ohne Frage sind die Handlungsspielräume für NGOs in Russland auch im Vorjahr wieder kleiner geworden. Ihre bisherige Hauptfinanzierungsquelle, ausländische Geberorganisationen, sprudelt weit weniger üppig als noch zu Beginn des Jahrzehnts. Das hat einerseits mit der Umorientierung vor allem amerikanischer Stiftungen und

Demokratieförderungseinrichtungen in den Nahen und Mittleren Osten und auch nach China zu tun, andererseits aber auch mit der gezielten Politik des Kremls, die den Zugang zu diesen Finanzierungsquellen erschwert. Dazu gehören das Steuerrecht ebenso wie die verstärkte Bildung von GONGOs („Governmental Non-Governmental Organisations“), die zu den bestehenden NGOs in Wettbewerb um Fördergelder treten. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass für die NGOs seit der Niederlage der liberalen Parteien bei der Dumawahl Ende 2003 die Beeinflussung der Gesetzgebung durch Lobbying und alternative Gesetzesinitiativen mittels befreundeter Abgeordneter und Fraktionen ungleich viel schwieriger, wenn auch nicht unmöglich geworden ist. Als politische Handlungsfelder bleiben ein sehr eingeschränkter Medienzugang, direkte Verhandlungen mit der Exekutive und der traditionelle Versuch über westliche Medien, Politiker und internationale Organisationen, in denen Russland Mitglied ist, Einfluss auf die russische Innenpolitik zu nehmen.

Direkte Repressionen treten bisher nur vereinzelt auf und können in den meisten Fällen auf konkrete Interessen einzelner staatlicher (manchmal auch wirtschaftlicher) Akteure zurückgeführt werden. Weit empfindlicher und direkter reagiert der Kreml, wenn sich einzelne NGOs auf tabuisierte Politikfelder begeben. Dazu gehört insbesondere der Krieg in Tschetschenien. Die Überprüfungen der Soldatenmütter durch FSB und Steuerbehörden in den vergangenen Monaten hängen aller Wahrscheinlichkeit nach direkt mit deren Initiative zu Friedensverhandlungen mit Aslan Maschadow im Tschetschenienkrieg zusammen. Resümiert: Es gibt keine systematische Behinderung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, wohl aber bemüht sich der Staat, rechtliche und politische Instrumentarien zu schaffen, um die Tätigkeit von NGOs jenseits direkter Repression kontrollieren und lenken zu können.

Wirklich gefährlich kann für die NGOs in naher Zukunft eine Mischung aus neuen, aggressiven GONGOs und der Gesellschaftskammer werden. Dazu zwei Beispiele:

Bereits einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Gesellschaftskammer hat die russische Regierung ihre Geschäftsordnung für die Bildung von einzelnen Ministerien oder Bundesbehörden zugeordneten sogenannten „Gesellschaftlichen Beiräten“ („Obschtschestvennije Sowjety“) geändert. Zukünftig soll die Gesellschaftskammer das Vorschlagsrecht für die Beschickung dieser Räte haben, die es bei einer Reihe von Ministerien bereits gibt und in denen auch VertreterInnen von NGOs sitzen. Sie werden

mit großer Sicherheit nicht in der Gesellschaftskammer vertreten sein und damit künftig wohl auch die Beiräte verlassen müssen.



50.000 uniformierte „Naschi“ im Juni im Moskauer Stadtzentrum

Anfang 2005 wurde eine neue, inoffizielle Putin-Jugend unter der Bezeichnung „Naschi“ (deutsch: „Unsere“) gegründet. Ihre aggressive Rhetorik erklärt alle, die nicht Präsident Putin unterstützen, zu „Faschisten“. Dazu zählt „Hauptkommissar“ Wladimir Jakemenko auch liberale Parteien wie Jabloko oder SPS. Führungskader, sogenannte „Kommissare“, und Mitglieder werden vor allem an den Universitäten mit Versprechungen von zukünftiger Karriere und Aufstiegschancen geworben. „Naschi“ rühmen sich offen ihrer Nähe zur „Macht“ und üben den großangelegten Rückgriff auf sowjetische Gemeinschaftssymbolik und Jugendromantik.

Zu Massenaktionen werden TeilnehmerInnen aber auch schon mal mit der Drohung von Sanktionen gepresst. Mitte Mai versammelten „Naschi“ rund 50.000 jungen Menschen aus dem gesamten europäischen Teil Russlands in der Moskauer Innenstadt zu einem „Schwur“, die Sache der Frontsoldaten des zweiten Weltkriegs fortzusetzen, also „gegen den Faschismus“ zu kämpfen. Nach inoffiziellen Angaben kostete allein diese Aktion rund 2 Millionen US-Dollar.

g. Ökologie

In den 90er Jahren verbesserte sich die Umweltsituation in Russland, vor allem wegen der nach dem Ende der Sowjetunion stark gesunkenen Industrieproduktion. Zudem gehörten

ökologische NGO zu den ersten und aktivsten Vorposten der Zivilgesellschaft, zeitweise mit nicht geringem Einfluss auch auf staatliches Handeln. Das änderte sich spätestens mit dem Amtsantritt von Präsident Putin, der bereits in seinem ersten Interview nach Amtsantritt ökologische Organisationen als „Feinde der wirtschaftlichen Wiedergeburt Russlands“ bezeichnete. Außerdem, so Putin, dienten sie als „Deckmantel für die Arbeit ausländischer Geheimdienste“. Folgerichtig war die Auflösung des bis dahin eigenständigen staatlichen Umweltschutzkomitees und die Eingliederung des Umweltschutzes in das Ministerium für Naturressourcen, zuständig für die Vergabe von Schürfrechten und Förderlizenzen, eine seiner ersten Amtshandlungen. Eine wirksame Kontrolle der Einhaltung von Umweltschutzgesetzgebung gibt es seither nicht mehr.

Auch ansonsten zeichnet sich die russische Umweltpolitik in den vergangenen Jahren durch einen Rückbau ökologischer Schutzrechte aus. 2002 wurde gesetzlich die Einfuhr von Atommüll wieder erlaubt. Zudem verabschiedete die Regierung ein Programm zum massiven Ausbau der Atomenergienutzung. Bis 2020 sollen mehr als 30 neue Reaktoren ans Netz gehen. Der gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwung stützt sich fast ausschließlich auf die Förderung und den Export von Erdöl und Erdgas, das meist in ökologisch sensiblen Regionen (z.B. in der sibirischen Tundra oder vor der kurischen Nehrung in der Ostsee), oft unter Missachtung russischer und internationaler Umweltschutzbestimmungen gefördert und transportiert wird.



Antiatomprotest in Moskau

Durchaus typisch ist auch der Umgang der russischen Staatsführung mit dem Kyoto-Protokoll. Die Ratifizierung und Unterzeichnung im Herbst 2004 fand erst statt, nachdem Russland von der EU im Gegenzug das Einverständnis zum WTO-Beitritt erhalten hatte. Bisher ist, wie von den meisten Beobachtern prognostiziert, in Russland nichts oder wenig zur Implementierung des Abkommens getan worden.

Die ökologischen NGOs befinden sich in einer Krise. Ursache dafür sind die Reihe von empfindlichen Niederlagen in den vergangenen Jahren, aber auch eine deutliche Reduzierung ausländischer Finanzierungsquellen für ökologische Belange, die über das allgemein für NGOs gültige Maß hinausgeht. Relativ unbeeindruckt sind nur die Anti-Atom-Gruppen, die sich traditionell durch radikalere politische Positionen und geringere Abhängigkeit von äußerer Finanzierung auszeichnen.

h. Chodorkowskij und JUKOS

12 Tage brauchte das Meschtschanskij Gericht in Moskau in der zweiten Maihälfte 2005, um das Urteil gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew zu verlesen. Am Ende, am 31. Mai wurden die beiden vormaligen JuKOS-Eigner zu je neun Jahren Lagerhaft verurteilt. Das Urteil löst vor allem im Westen viel Kritik aus.¹⁰ Die Anwälte Chodorkowskij merkten an, dass die Urteilbegründung bis in die Formulierungen der Anklageschrift folgte. Im März hatte Igor Schuwalow, hochrangiger Mitarbeiter der Präsidentenadministration, öffentlich erklärt, im Fall Jukos sei ein Exempel für Unternehmen statuiert worden, die versuchten, Steuerzahlungen zu minimieren. Wenn es nicht JuKOS und Chodorkowskij getroffen hätte, so Schuwalow, dann eben ein anderes Unternehmen und einen anderen Unternehmer.



Michail Chodorkowskij
im Gericht

Der Prozess gegen Chodorkowskij und Lebedew wurde zu einem Déjà Vu unterschiedlicher Epochen der sowjetischen und postsowjetischen russischen Geschichte.¹¹ Die Zeit der stalinschen „Großen Repression“ kommt einem in Anbetracht der Schmutzkampagne vor allem im staatlich kontrollierten Fernsehen in den Sinn. Dort wurde der „Fall JuKOS“ mit allen denkbaren und undenkbaeren Verbrechen bis hin zur „Unterstützung der tschetschenischen Terroristen“ in Verbindung gebracht.

¹⁰ Zu den Reaktionen: www.demokratie-in-russland.de, www.khodorkovskytrial.com

¹¹ Vergleiche dazu Erklärung von Memorial, einen Monat nach der Urteilsverkündung: www.demokratie-in-russland.de

Dann wiederholte sich ein Ereignis der Jelzin-Zeit: Präsident Putin trat mit einer „liberalen“ Rede vor beide Parlamentskammern und die ursprünglich für Ende April vorgesehene Urteilsverkündung wurde unerwartet auf die zweite Maihälfte vertagt. Das Gleiche war 1995 im ersten Tschetschenienkrieg geschehen. Kurz bevor die Präsidenten und Regierungschefs der Welt zur Feier des 50. Jahrestags des Sieges im Zweiten Weltkrieg nach Moskau anreisten, hatte der Kreml in Tschetschenien eine hoffnungsbringende Feuerpause erklärt. So gab man ihnen Gelegenheit, nicht zu bemerken, was da vor sich ging. Doch kaum hatten die hohen Gäste Russland wieder verlassen, nahmen die Truppen ihre Angriffe in den tschetschenischen Bergen wieder auf. Zehn Jahre später war dieser Trick erneut erfolgreich.

An Dissidentenprozesse der Breschnjew-Zeit erinnert wiederum, was vor dem Gerichtgebäude während der zwölf Tage Urteilsverkündung geschah. Die Durchfahrt durch die Straße, an der das Gericht in der Moskauer Innenstadt liegt, war gesperrt. Milizionäre standen vor den geschlossenen Türen eines öffentlichen Gerichtsprozesses. Mehrere Absperrketten ließen diejenigen nicht zum Gerichtsgebäude, die ihre Solidarität mit den Angeklagten ausdrücken wollten. Dutzende Menschen wurden festgenommen und absurder Vergehen beschuldigt: Zum Beispiel hätten sie, auf dem Bürgersteig stehend, die Verkehrsregeln verletzt. In aller Eile wurde Gegendemonstrationen zur Unterstützung des Gerichts organisiert, allerdings so, dass kein Zweifel daran aufkommen konnte, welcher Behörde die Darsteller dieser Demonstration des „Volkzorns“ gegen die „räuberischen Oligarchen“ angehören. Zu guter Letzt fuhr schwere Straßenbaumaschinen heran und versperrten die Straße wegen „dringender Bauarbeiten“. Die Arbeiten wurden unmittelbar nach Ende der Urteilsverkündung wieder eingestellt.

Selbst die zu Sowjetzeiten übliche „Zustimmung durch das ganze Volk“ für das Handeln der Obrigkeit blieb nicht aus. In der Tageszeitung Iswestija wurde einen Monat nach der Urteilsverkündung ein als „Werbung“ gekennzeichnete Aufruf von rund 60 Künstlerinnen, WissenschaftlerInnen und anderer Prominenter veröffentlicht, die dem Gericht applaudierten und sich Einmischung von inkompetenten „Nichtjuristen“ verboten. Um ihre Unterschrift wurden diese „Kunstschaffenden“ von der Präsidentenadministration gebeten. Der Text kursierte schon mehrere Wochen durch Moskauer Salons. Die Vorgänge um den JuKOS-Prozess zeigen deutlich die allfällige Rückkehr der sowjetischen Symbolik in den russischen politischen und öffentlichen Alltag.

Der JuKOS-Konzern selbst wurde Ende 2004 durch die Zwangsversteigerung seiner Tochtergesellschaft „Jugnaskneftegas“ zerschlagen. „Juganskneftegas“ verfügte über etwa 70 Prozent der JuKOS-Erdölförderkapazitäten. Offiziell geschah die Versteigerung zur Deckung eines Teils der JuKOS-Steuerschuld. Der Zuschlag ging zu einem wesentlich unter der Schätzung der Investmentbank Dresdner Kleinwort Wasserstein liegenden Preis an eine völlig unbekannte Firma namens „Baikalfinansgrup“ mit Sitz in der Provinzstadt Twer. Drei Tage nach der Zwangsversteigerung wurde die „Baikalfinansgrup“ vom staatlichen Ölkonzern „Rosneft“ aufgekauft.

Inzwischen hat die Generalstaatsanwaltschaft neue Anklagen gegen Chodorkowskij und Lebedew angekündigt. Anfang August präsentierte die Steuerbehörde dem Ölkonzern TNK-BP, an dem die British Petroleum beteiligt ist, eine hohe Steuernachforderung.

i. Die Rückkehr der Geschichte

Nach einer langen Pause kehrt die Geschichte in die russische Politik zurück. Sie ist eines der von Präsident Putin zur Wiederherstellung einer neuen „nationalen Identität“ gewählten strategischen Felder. Darin liegt auch ein Teil seiner Anziehungskraft für die WählerInnen. Dabei zeichnet sich zunehmend ab, dass Putins Geschichtsverständnis eine Art verschlankte, von marxistischen Phrasen gesäuberte und mit den traditionellen Großmachtskomplexen des vorsowjetischen Russischen Imperiums angereicherte Variante der spätsowjetischen historischen Mythologie ist. Die Hauptlosung ist ein großes, starkes Russland mit einer starken Armee und Atombewaffnung. Diese Sichtweise zieht Schritt für Schritt überall ein. Von den Schulbüchern bis zu offiziellen Reden wird eine Version der sowjetischen Geschichte entwickelt, aus der alle Tragik herausgestrichen wurde. Aussagen über Verbrechen des Staates gegen die Menschen und über Menschen, die sich dem Staat entgegengestellt haben, werden auf ein Minimum reduziert. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes oder des „Tags des Sieges“, wie es in Russland heißt, haben im Frühjahr 2005 diese Entwicklung noch verstärkt. Aus der Geschichte der Sowjetunion werden der (Wieder-) Aufstieg zur Weltmacht und der Sieg über Hitlerdeutschland hervorgehoben. Der Preis an menschlichem Leid und menschlichen Opfern, zu dem das erreicht wurde, bleibt weitgehend im Dunkeln. Der Wert des menschlichen Lebens, der Freiheit und die persönliche Würde jedes Einzelnen werden erneut verdrängt und verlieren bei der gesellschaftlichen Bewertung historischer Ereignisse an Bedeutung. Gleichzeitig

gibt es aber ein bisher vor allem individuell auftretendes Bedürfnis vieler Menschen, zu wissen „woher wir kommen“. Das schließt die in der sowjetischen Geschichtsschreibung, vorsichtig ausgedrückt, sehr besonders bewertete Zeit vor der Oktoberrevolution von 1917 ebenso ein, wie die Sowjetperiode selbst. Der Widerspruch zwischen eher individuellem, also mehr familienbezogenem als kollektivem Wissen um die Verbrechen des Sowjetregimes und den weit aus der russischen Geschichte in die Gegenwart hineinreichenden, oft mythisch verbrämten Vorstellungen von der „natürlichen“ Großmacht Russland wird sich weiter zuspitzen.

Eine große Mehrheit der politischen Klasse geht, eher unausgesprochen denn ausdrücklich, davon aus, dass Russland ein Imperium bleiben müsse. Seine multiethnische Struktur sei, wenn überhaupt, nur unter unkalkulierbaren Gewaltausbrüchen mit großem Leid für die Menschen aufzulösen. Das gelte es unter allen Umständen zu verhindern. Gleichzeitig verausgabt sich der heutige russische Staat (wie vor ihm schon das Russische Imperium und die Sowjetunion) im Bemühen, eine Großmacht zu sein (oder besser: wieder zu werden).

Die „Wahrung der territorialen Integrität“ hat für den Kreml immer noch Priorität vor allen anderen nationalen, religiösen und wirtschaftlichen Aufgaben. Daher auch der Rückgriff auf die geschichtliche Symbolik des Russischen Imperiums zum Beispiel mit der Abschaffung des Jahrestages der Oktoberrevolution (7. November) und der Installation eines neuen Feiertags am 4. November, an dem vor knapp 400 Jahren eine Volksmiliz unter Minin und Poscharskij Moskau von der polnischen Besetzung befreite. Das Identitätsgefühl des russischen Imperiums war stark und entsprang seiner Größe, seiner



Memorial wurde für historische Aufklärung mit dem „Alternativen Nobelpreis“ ausgezeichnet

Vielfalt und seinen militärischen Siegen.

3. Ausblick

Wer Ende 2004 in Russland nach den mittelfristigen politischen Perspektiven fragte, bekam meist eine etwas mürrische, leicht düstere Antwort. Putin schien allen politisch Aktiven und politischen Beobachtern zumindest bis zu den Wahlen im Frühjahr 2008 fest im Sattel zu sitzen und lediglich das Problem des von der Verfassung erzwungenen Kandidaturverzichts und damit seiner Nachfolge schien dem Kreml wirklich Sorgen zu machen. Aber auch das sah damals eher nach einem technischen denn einem politischen Problem aus. Heute, nur ein knappes Dreivierteljahr später, ist das „Regime Putin“ äußerlich immer noch stabil. Wenig hat sich geändert, ja einige autoritäre Schrauben sind noch fester angezogen worden. Und trotzdem herrscht eine andere Stimmung. Sie ist auf der einen Seite noch finsterner geworden. Kaum jemand außer den gutbezahlten polittechnologischen Claqueuren glaubt noch daran, der Kreml unter Präsident Putin sei in der Lage, die für das Land notwendigen Reformen zu ersinnen und umzusetzen. Umgekehrt glauben die meisten in guter russischer Tradition daran, dass sich alles „nach dem denkbar schlechtesten Szenarium“ entwickelt. Genau das ist auf der anderen Seite Ursprung leichter Hoffnung. Dem liegt folgende, oft eher intuitiv erschlossene Analyse zugrunde:

In seiner ersten Amtszeit bis 2004 hatte Putins Politik Erfolg, weil er sich auf große öffentliche Zustimmung stützen konnte und gleichzeitig unterschiedliche Machtzentren zur Stabilisierung der eigenen Macht auszubalancieren verstand. Seither besteht seine Politik vor allem darin, alle Machtzentren außerhalb des Kreml zu zerstören. Die damit unweigerlich einhergehende Zentralisierung führte zu einer fortschreitenden Byzantisierung politischer Entscheidungsfindung. Folge sind eine wachsende Zahl

politischer Fehlentscheidungen und sowohl innen- als auch außenpolitischer Niederlagen. Um nur einige besonders wichtige zu nennen: die Ausweitung der Gewalt im Nordkaukasus, das Scheitern der Sozialreformen, der faktische Stopp der Armee reform, die Verschiebung der Kommunalreform auf die Zeit nach den Präsidentenwahlen, der Machtwechsel in der Ukraine.

All das hat, bei äußerer Ruhe und Stabilität, zu großer Nervosität und Gereiztheit im Kreml geführt. Die immer gleiche Antwort auf jede neue Herausforderung sind weitere Zentralisierung und, dank voller Kassen angesichts der Ölpreishausse, konsumptive Ausgabensteigerungen. Auf deutsch: die Leute werden gekauft. Ersteres verstärkt das immanente Problem, dass das herrschende politische System immer weniger in der Lage ist, den Herausforderungen adäquate und nachhaltige politische Lösungen zu finden. Letzteres treibt die Korruption in immer neue Höhen. Doch anders als in Georgien oder der Ukraine sieht gegenwärtig niemand politische oder gesellschaftliche Kräfte, die diese fundamentale Schwäche politisch zu einer Wende nutzen könnten.

Die liberale Opposition ist weiterhin demoralisiert und desorganisiert. Mit einem nationalistischen Umschwung droht man im Umfeld des Kreml ständig nach dem Motto, alles andere außer Putin sei aus westlicher Sicht eher noch schlimmer. Doch die nationalistischen Parteien sind handzahme Kostgänger des Kreml. Einen „unabweisbaren linken Umschwung“ prognostizierte unlängst aus dem Untersuchungsgefängnis heraus Michail Chodorkowskij, ohne aber dessen Subjekte nennen zu können. Als mögliches Szenarium wird auch ein Putsch von innen gegen Putin gehandelt, doch würde sich selbst dann nichts an den strukturellen Schwächen des Systems ändern. All dies sagt also mehr über die gegenwärtige Unsicherheit und nervöse Stimmung als über zukünftige Entwicklungen. Kurzfristig wird die Putin-Administration wohl in der Lage sein, jedwede ihr gefährlich erscheinende oppositionelle politische Regung zu unterdrücken. Dass sie dazu gewillt ist, hat auch das Urteil gegen Chodorkowskij gezeigt.